

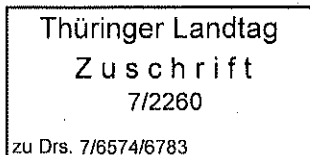
TLEVK - Werner-Seelenbinder-Straße 7 -- 99096 Erfurt

Thüringer Landtag

Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport

Jürgen-Fuchs-Str. 1

99096 Erfurt



info@tlevk.de

Erfurt, den 12. Januar 2023

Stellungnahme der TLEVK zu folgenden Gesetzentwürfen

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 7/6574 -

und

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
- Drucksache 7/6783

1. zu Drucksache 7/6574

Die Fraktionen Die Linke, SPD und B90/Die Grünen schlagen vor, den Mindestpersonalschlüssel zu erhöhen. Dies wird begründet mit der tariflich verankerten Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit der Fachkräfte in den Kindergärten.

Aus unserer Sicht ist die vorgeschlagene Anpassung des Personalschlüssels unumgänglich, um die tariflichen Regelungen umsetzen zu können. Mit der Anpassung des gesetzlichen Personalschlüssels ergibt sich auch eine entsprechende Gegenfinanzierung der Personalkosten.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, dass die hier vorgeschlagenen Änderungen nur der Anfang sein können. In naher Zukunft ist es dringend erforderlich, den Personalschlüssel für die Kinder ab 3 Jahren bis zum Schuleintritt zu vereinheitlichen und anzupassen. Außerdem regen wir an, die Personalberechnung grundsätzlich anhand der maximalen Kapazität des Kindergartens durchzuführen und nicht vierteljährlich auf die Belegung anzupassen. Dies setzt allerdings ausreichend qualifiziertes Personal voraus.

Daher begrüßen wir den Antrag zu 2., Kosten für die Ausbildung als Betriebskosten zu definieren. Dies ermöglicht es den öffentlichen und freien Trägern die praxisintegrierte Ausbildung anzubieten und dies unabhängig vom bisherigen Modellprojekt. Dies sollte zu einer zunehmenden Attraktivität des Ausbildungsberufes und damit zu mehr gut ausgebildeten Fachkräften führen.

Maßgeblich muss hier darauf geachtet werden, dass diese Kosten nicht auf die Elternbeiträge umgelegt werden. Dies ergibt sich für uns aus Punkt D der Drucksache, hier 3. Für die Bürger entstehen keine laufenden Mehrkosten.

Die erhöhte Gegenfinanzierung durch den Freistaat wird mit der beantragten Änderung von § 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 geregelt.

Die beantragten redaktionellen Änderungen unter Artikel 1 Nr. 4, 5 und 6 sind selbsterklärend.

2. zu Drucksache 7/6783

Die Fraktion der CDU beantragt eine deutliche Anpassung der Sachkostenpauschalen für Kindertagespflegepersonen.

Die derzeitigen gesetzlichen Regelungen sind veraltet. Die permanenten Kostensteigerungen im Bereich der Sachkosten, insbesondere in den letzten 12 Monaten rechtfertigen die von der Fraktion der CDU beantragten Änderungen.

Zur Fragestellung, welchen weiteren Änderungsbedarf wir im ThürKigaG zur Kindertagespflege sehen:

Aus unserer Sicht ist es dringend nötig auch Eltern, deren Kinder in einer Kindertagespflege betreut werden, in die Elternmitwirkung einzubeziehen und an Stadt- bzw. Kreiselternbeiräten und somit auch der Landeselternvertretung zu beteiligen.